

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Anzeigen-Gebühr für die
einzelnen Zeile aus ge-
wöhnlicher Schrift über
den Raum der einmalt-
igen Einrückung 20 Pf.
bei mehrmaliger, Rabatt
nach Tarif. Bei gerichts-
licher Beitreibung u. Konkursen
ist der Rabatt hinfällig.

Bestenfalls Zeitung
im Oberamtsbezirk

Telegraphen-Adressen
Gesellschafter Nagold
Postfachamt
Stuttgart 511.

Begründet 1826

Preisproben 20

Nr. 273

Montag den 24. November 1919

93. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. Nov. Auf eine Anfrage des Abg. Beder-Hessen (DVP) wegen der Behandlung von Heusenbungen in den besetzten Gebieten, wird regierungsseitig geantwortet, daß die Reichsregierung bemüht ist, alle Maßnahmen zu treffen, um den Behörden in den besetzten Gebieten die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erleichtern.

Auf eine Anfrage des Abg. Debus (D) wegen Beförderung mittlerer Beamter in gehobene Stellen in der Reichsfinanzverwaltung wird regierungsseitig geantwortet, daß mittlere Beamte in gehobenen Stellen in den Reichsfinanzämtern und Landesfinanzämtern mit der Leitung von Finanzämtern betraut werden können. Doch seien die Gehaltsstufen für die Finanzämter wesentlich erweitert worden.

Auf eine Anfrage des Abg. Schiele (DN) wegen der Vertiefung der Preise für Gemüse wird regierungsseitig geantwortet, daß von der Reichsstelle für Gemüse und Obst die herabgesetzten Preise fast durchweg wieder erhöht worden sind.

Abg. Dr. Beder-Hessen (DVP) fragt wegen der deutschen Kriegsgefangenen in Russland an. Regierungsseitig wird geantwortet, daß man hoffe, daß im europäischen Rußland die bolschewistische Regierung die bisher bestehenden Bedenken fallen lassen werde und daß dann unsere Landsleute bald befreit werden müßten. Für den Rücktransport der Gefangenen aus Transibirien, Turkestan und so weiter bestehen noch große Schwierigkeiten. Das Befinden der Gefangenen sei im allgemeinen befriedigend. Schweden habe die Aussicht über diese Lager.

Abg. Geuer (US) fragt an, wegen der schlechten Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch ihre eigenen deutschen Vorgesetzten. Die Regierung antwortet, daß diese Offiziere hierbei nicht in Frage kommen könnten, da diese in besonderen Lagern untergebracht gewesen seien. Bekannt gewordenen Fälle von schlechter Behandlung wurden den Gerichten zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben.

Auf eine Anfrage des Abg. Hartmann-Berlin (D) über zwanngewisses Vorgehen der Arbeitgeber gegen Arbeiter, die nicht den freien Gewerkschaften angehören wird von einem Regierungsvertreter erklärt, daß die Regierung darauf dringe, daß jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit unterbleibe. Das Reichsarbeitsministerium habe außerdem die Stützen der in Betracht kommenden Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände eingeladen zu einer Versammlung, nach welcher weitere gesetzgeberische Maßnahmen bevorstehen.

Abg. Dr. Philipp (DN) fragt an, wegen betrüblicher Beförderung von Telegrammen. Regierungsseitig wird geantwortet, dringende Telegramme werden durchweg telegraphisch befördert. Die Verwaltung sei dauernd um die Besserung der Verhältnisse bemüht.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (DVP) wegen der angeblichen Ermordung einer Abiturientin im Saargebiet durch einen französischen Soldaten antwortet ein Regierungsvertreter, daß die französische Regierung erklärt habe, dieser Vorfall sei vollkommen erfinden. Sollte sich aber herausstellen, daß der französischen Regierung kein schlüssiges Material vorgelegen habe, so werde die Deutsche Reichsregierung in dieser Sache weitere Ermittlungen einleiten und die nötigen Schritte veranlassen.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. Schiele (DN) wegen der Selbsthilfe der Stadt Trier in der Kartoffelversorgung gegenüber dem Orte Reinsfeld wird regierungsseitig dahin geantwortet, daß von einer Selbsthilfe der Stadt Trier nicht gesprochen werden könnte.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Wasmuth (DN) wegen gerichtlicher Ansprüche gegen die Soldatenräte, erfolgt die Antwort, daß das Reich nicht für gegenwärtige Handlungen der Soldatenräte haften würde.

Abg. Falkowicz (DN) fragt an wegen der Rückkehr des Generalleutnants von Madensen. Regierungsseitig wird geantwortet, daß die Reichsregierung wiederholt die schärfsten Proteste wegen der Zurückhaltung des Feldmarschalls erhoben und seine Freilassung verlangt habe. Jetzt sei der Erfolg endlich da. Am 18. November wurde die Rückkehr des Generalleutnants von Madensen von der französischen Regierung gestattet. Die Rückkehr wird auf dem Landwege über Italien erfolgen.

Abg. Debus (Demokrat) fragt an wegen Niederlegung schwebender Disziplinarverfahren und Erlass von Disziplinarstrafen. Die Antwort der Regierung geht dahin, daß die Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes bei der Nationalversammlung erfolgen werde.

Abg. Frau Dr. Schirmer (DN) fragt an wegen der Hilfe für die Stadt Wien. Ein Vertreter des Ernährungsministeriums antwortet, daß der Notlage unbedingt abgeholfen werden müsse und solle, soweit dies in Anbetracht unserer

eigenen Lage möglich und zu verantworten sei. Die Verhandlungen seien darüber im Gange. Deutsch-Oesterreich werde täglich 7000 Tonnen Kohlen aus Schlesien geliefert erhalten, unter der Voraussetzung, daß die Wagengestellung ausreiche.

Es folgt die Beratung des Berichtes des Ausschusses für Wahlprüfungen über die Wahl des Abg. Simon-Franken (26. Wahlkreis Ober-, Mittel- und Unterfranken).

Abg. Jubel (US) beantragt Ausdehnung an den Ausschuss.

Nach längerer Debatte wird der Antrag Jubel abgelehnt und der Antrag des Ausschusses, die Wahl für ungültig zu erklären, wird angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Eingaben.
Schluß 1/4 4 Uhr.

Die Unerfüllbarkeit der wirtschaftlichen Friedensbedingungen.

Der ehemalige Delegierte an der Versailleer Konferenz, Dr. Karl Melchior, hielt kürzlich in der Gesellschaft Hamburger Juristen einen Vortrag über den Friedensvertrag und die deutschen Finanzen. Er kam dabei zu folgenden Schlussfolgerungen: In dem Friedensvertrag sind zwei sich widersprechende Tendenzen zum Ausdruck gekommen: den Wunsch Englands, den deutschen Handel auf lange Zeit hinaus zu erschweren, und die Bestrebungen Frankreichs, die deutsche Bevölkerungsziffer möglichst der französischen anzupassen. Andererseits ist unverkennbar das Bestreben hervor, möglichst viel aus dem zerstückelten Lande herauszuholen. Diese sich widersprechenden Tendenzen machen die Erfüllung des Friedensvertrags unmöglich. Die deutsche Handelsbilanz, die vor dem Kriege schon stark passiv war, und deren Ausgleich nur durch die Einnahmen Deutschlands aus Frachten und auswärtigen Anlagen stattdessen, wird dies nach dem Kriege auf Jahre hinaus in noch viel stärkerem Maße sein. Nur dadurch werden sich die Kredite auf Rohstoffe zurückzahlen lassen, daß das veredelte Produkt wieder ausgeführt wird; mit anderen Worten, daß wir auf Jahre hinaus im Lohn fremder Mächte arbeiten. Wie gekonnt schon heute ohne Berücksichtigung der Entschädigungsforderungen die Finanzen des Landes sind, läßt sich gut aus dem Vorschlag für den Etat des laufenden Jahres erkennen. Den Ausgaben von 24,2 Milliarden stehen Einnahmen von 25,3 Milliarden Mark gegenüber, hierzu sind aber die Kosten für die Befahrung der Rheinflüsse im Betrage von rund 2,7 Milliarden Mark nicht in Rechnung gezogen, so daß sich bei Einstellung dieser Kosten ein Defizit von 1,6 Milliarden Mark ergibt. Hinzu kommt dann noch die Entschädigungsforderung aus dem Friedensvertrag. Für Deutschland wird es in der nächsten Zeit eine sehr schwere Aufgabe sein, den Wiedergutmachungsausschuss sowohl von unserem guten Willen als auch von den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Unser Schicksal und damit das Schicksal des europäischen Kontinents wird davon abhängen, ob dieser Versuch gelingt; ob nämlich der Wiedergutmachungsausschuss einsehen wird, daß die Grundlage für unsere Entschädigungspflicht nur die Produktionsfähigkeit und die Steuerkraft des deutschen Volkes bilden können.

Tages-Neuigkeiten.

Reichsminister Koch

hott mit einem Vertreter des „Berliner Tagebl.“ eine Aussprache über die gesetzgeberischen Pläne im Reichsministerium des Innern. Über die Reichspolitik nach dem Wiedereintritt der Demokraten und über die allgemeine politische Lage sprach sich der Minister wie folgt aus: Ein Volk, das noch heute von seinen Gegnern verhindert wird, sich wirtschaftlich aufzurichten, wird nicht so leicht eine Regierung finden, mit der es ruhig zufrieden ist. Die gegenwärtige Regierung ist so einig, wie eine Koalitionsregierung es nur sein kann. Jede Regierung von rechts würde alsbald den Kampf aller gegen alle herbeiführen. Die Meinung, als ob wir vor einer Gegenrevolution ständen, halte ich für weit übertrieben. Wir brauchen Ruhe in Deutschland und namentlich in Berlin. Tollhändler, die es wagen würden, gegen den Willen der großen Mehrheit des Volkes eine Gewalt Herrschaft der Minderheit aufzurichten, braucht man nicht zu fürchten.

Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden.

wird sich noch Jahre lang hinziehen. Es muß indessen dankbar anerkannt werden, so heißt es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, daß trotz der unerträglichen Finanzlage, in die uns das Kriegsende gebracht hat, kraftvoll daran ge-

gangen wird, wenigstens den Teil der Kriegsschädigten auch zu unterstützen, deren Arbeit für den Wiederaufbau der Anteilnahme Deutschlands an der Weltwirtschaft unentbehrlich ist, nämlich unsere Landsleute in Uebersee und in anderen außerdeutschen Gebieten.

Parteitag der U. S. P.

Wie die „Freiheit“ mitteilt, ist, da nunmehr mit einiger Sicherheit angenommen werden kann, daß eine erneute Verschiebung der Abhaltung des Leipziger Parteitages der Unabhängigen nicht hindern wird, der Beginn der Tagung endgültig auf den 30. Nov. festgesetzt. Die Frauenkonferenz beginnt bereits am 29. Nov.

Passagierluftverkehr Amerika-Europa.

Ein Baseler Telegramm des „Berliner Tageblatts“ besagt, aus New-York werde gemeldet, man beschäufte sich in dortigen Finanzkreisen mit der Gründung einer Aktiengesellschaft, die den Passagierluftverkehr Amerika-Europa einrichten wolle. Man rechne dabei auf Luftschiffe, die in Deutschland gebaut werden sollten.

Die Not in Oesterreich.

Die österreichische Nationalversammlung nahm den zweimilliarden Kredit zur Befreiung der durch die normalen Staatseinnahmen nicht gedeckten Staatsausgaben an. Staatskanzler Dr. Renner schilderte die entsetzliche Lage, in der sich die Bevölkerung und das Staatswesen befinden. Niemand weiß, ob unter diesen Umständen der Winter des Entsetzens von den Millionen Einwohnern überlebt werden kann. In den Städten und Industriellen Steiermarks kann schon seit Tagen kein Brot ausgegeben werden. Tirol und Salzburg sind ohne genügende Brotfrucht. In den Ländern unseres Staates verlagert die Kohlenversorgung vollständig. Wir sehen die wachsende Zahl der Leichenbegängnisse, die sich mehrende Zahl der Kindergräber. Wir sehen, wie sich entsetzliches Sterben eines ganzen Gemeinwesens ankündigt. In dieser Lage will die Staatsregierung das Gewissen unserer Nachbarn und der ganzen Welt wachrufen.

Kleine Nachrichten.

München, 21. Nov. Der Münchener Schriftsteller und Redakteur an der Zeitschrift „Jugend“, Georg Curri, ist gestorben. Genf, 21. Nov. Die Genfer Blätter berichten, ist in Paris die Grippe in sehr schweren Erscheinungsformen erneut ausgebrochen.

Stockholm, 21. Nov. Der Hamburger Dampfer Atle Juri, 1000 Tonnen groß, ist am Donnerstag morgen in der Höhe Seegericht Insel Oeland zu Grunde gegangen. Die Besatzung, 23 Mann, wurde trotz schwerer Stürme gerettet.

Paris, 21. Nov. Nach einer Privatmeldung von Oudney aus Genf begünstigt die englische Regierung in Ungarn fast die Auswanderung, namentlich von Beamten, Advokaten und Juristen, die ohne Arbeit seien und das Land verlassen wollten. Eine englische Kommission prüft jedes Verlangen nach Auswanderung und habe die Absicht, 20 000 Mann nach Australien zu leiten, um dort landwirtschaftliche Kolonien zu gründen. Die ersten Auswanderer sollen im Februar 1920 abreisen.

Paris, 21. Nov. Am Donnerstag fand am Canal de Oran der Austausch der Ratifikationen zwischen Frankreich und Großbritannien bezüglich des Garantievertrages statt.

Paris, 21. Nov. Esch-Löhringen entsendet u. a. in die französische Kammer: die Abbeé Wetterle und Müller, die Pastoren Scheer-Müllhausen und Albrifer-Weißenburg, die Fabrikanten de Wendel und Simonis, den Arbeiter Biège sowie die Redakteure Sellj vom „Eclair“ und Charles Frey von der „Nouvelles Straßburger Zeitung“.

Vermischtes.

Von deutschen Kolonisten in Brasilien. Herr Dr. Adinger schreibt aus Dammionia dem Co. Hauptverein für Deutsche Kolonisten und Auswanderer einen interessanten Brief, den wir der Pressekorrespondenz des „Deutschen Auslands-Institutes“ Stuttgart entnehmen:

Die Kolonisation ist in ganz Südbrasilien in den letzten Jahren immer lebhafter gewesen mit dem immer zahlreicheren Nachwuchs im Lande, so daß sich schon Stimmen erhoben, man brauche gar keine überseeische Zuwanderung mehr. Wenn bei zahlreicher Nachkommenschaft der größere Teil der Kinder immer wieder aufs Land geht, da füllen sich leere Ländereien sehr rasch.

In der Hansa war bis 1916 das Landgeschäft sehr flau; nun da ab ging es jedoch sehr flott, obgleich der Landpreis von 40 Mkreis auf 80 im Durchschnitt stieg, trotzdem die

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark

Erste Gewinnziehung im März 1920



neuen Landlose nun schon 30-40 Km. von Hammonia entfernt sind. Doch ist nicht gleich das ganze Los zu verzinsen, zu 7%, sondern nur 1:100. Bisher lagen in Hammonia noch etwa ein Dutzend Stadtplote frei; diese sind in der vorigen Woche alle vollends verkauft worden. An günstigen Stellen wird Kolonieland zu Stadtplätzen parzelliert und zu 10-20-fachem Preis verkauft. Der größere Teil der Landlose freilich steigt nicht sehr im Wert, wenn es bezügliche Vorkäufe sind, wo die Bewirtschaftung immer schwieriger wird. In der Gans ist den Herrillo-Fluß aufwärts nun fast zum Plata alles Land vermessen und befestigt, hier meist von Italienern und Brasilianern. Am Plata und weiter hinauf ist nun das Indianerterritorium ausgelegt.

Die Deutschen, aber auch hier untermischt mit andern, zogen sich besonders in die Täler des Rio Kranel und des Rio Indios mit Nebentälern. Für das von der Panfatischen Kolonisationsgesellschaft jenseits ihres Perimeters nur konzeptionierte, noch nicht vermessene und bezahlte Land läuft im nächsten Jahre der Termin ab. Doch liegt innerhalb des Perimeters noch viel brauchbares Land.

Wie im Tal des Rio Herrillo, des Nordarmes des Itaja, so ging es auch im Südarm und Westarm schnell vorwärts, weil das der Eisenbahngesellschaft konzedierte Land an die Regierung wieder zurückfiel. Es haben sich nun mehrere hiesige Kolonisationsgesellschaften gebildet; auch das Blumenauer Syndicato Agricola (Landwirtschaftl. Verein) hat sich eine Konzession erworben.

Bei der Kolonisierung ist man aber auf größere Transporte von Einwanderern nicht eingerichtet. Auch die Gans hat keine Einwandererhäuser mehr gebaut wie sie es früher tat, weil bei der spontanen infiltrierenden Zuwanderung jeder für sich selbst sorgt. Zu beachten ist ferner, daß überall in ganz Südbrasilien die Kolonisation aus der wärmeren Mittenzone schon in die kühleren Gebiete vorgeschritten ist, in Rio Grande schon bis an die jenseitige Grenze, den Urugua; selbst in St. Catharina in Parana geht man schon über das oft minderwertige Hochland hinweg bis an den Paranafluß, wo es wieder tiefer und wärmer ist. Auf der Linie der Bahn Sao Paulo Rio Grande treibt diese Gesellschaft selbst und Soderubie (Dom Retiro, Transoiva usw.) mit großer Kettene Kolonisation: schon ganz am Parana, zwischen Iguaçu-Fällen und Sete Cuedas eine Empresa Colonizadora Petró, Meierei Mambuja, die 10.000 Kolonien im nächsten Jahre eröffnen will. In Rio Grande werden große Viehhäuser parzelliert.

Ich selbst habe, einmal festgehalten, in der Nähe von Hammonia, auf Regierungsland eine Kolonisation im kleinen betrieben, und 25 Kolonielose eröffnet und einen ganzen Bezirk durch eine im Vertrag mit der Regierung gebaute Straße erschlossen, wo auch noch freies Land in der Nähe ist, 17 Kilometer lang, wovon ich ein Drittel in eigener Regie baute. Aber das alles noch in der teureren billigen Zeit! Diese Sache will ich bis Ende des Jahres möglichst vollenden.

Neue Einwanderer müssen sich aber jetzt so gut wie ehe dem auf Entbehrungen gefaßt machen. In der letzten Woche wurde hier ein alter Schweizer Kolonist begraben, der einst in Curitiba oder Buzerbach 1874 der erste Kolonist gewesen war. Er erzählte mir von jener Anfangszeit gerne bei Krankenbesuchen; ein halbes Jahr hat er nur von Bataten mit Salz, ohne Fleisch und Schmalz, und Bohnen gelebt.

Redebildern aus der Nationalversammlung. Meine Damen und Herren! Ein fast tragisches Geschick, tragisch, wenn es nicht so traurig wäre! — Ich denke nicht daran, in die Rede des Herrn Sorenburns zu hauen. — Das Wasser ist das Bier des Reinen Mannes. — Tausende von Ehemännern wandern am Rande des Bettelstabes dahin. — Die breite Schulter des Tabaks muß von den Steuern eine erhebliche Last tragen. — Wir alle hören das Rauschen des Zahns der Zeit! — Das setzt dem Gipfel die Krone auf.

600.000 Mark für ein Kalb. Rekordpreise für Kalber wurden auf der Viehversteigerung in Aberdeen bezahlt. Käufer hatten sich aus allen Weltteilen eingefunden, und das erste Bullenfals, die Jüchtung des berühmten Jägers William Duthi, das man in den Ring führte, wurde für 5300 Gulden verkauft, was nach dem heutigen Valutastand

in unseren Geld eine Summe von mehr als 600.000 Mark bedeutet. Es ist das der höchste Preis, der je für ein Kalb bezahlt worden ist. Verschiedene andere Bullenfals brachten Preise zwischen 3500 und 2000 Guineen; ein sieben Monate altes weibliches Kalb wurde für 2000 Guineen erstanden, 24 männliche und 15 weibliche Kalber brachten zusammen die Riesensumme von 40.194 Guineen.

Wie hat er das gemacht? Zu der Zeit, als die Berechnung des ersten Napoleon in Frankreich am größten war, erzählte man sich folgende Geschichte: Napoleon traf einmal einen Veteranen, dem der linke Arm fehlte. Er fragte den Alten: „Wo hast Du Deinen Arm verloren?“ „Bei Austerlitz!“ Napoleon nahm das Kreuz der Ehrenlegion von seiner Brust und befestigte es dem alten Krieger an. Der Krieger bedankte sich gerührt und fragte: „Was hätten Sie Majestät getan, wenn ich auch den anderen Arm für Ew. Majestät geopfert hätte?“ „Ich würde Dich zum Offizier der Ehrenlegion ernannt haben!“ Der Junwalde schritt sich darauf vor den Augen des Kaisers auch den anderen Arm ab. Frauen und Greise weinten vor Rührung, wenn sie diese Geschichte erzählen hörten. Die Jünger der Neuzeit aber fragen sich besorgt, wie hat der Einarmige sich den andern Arm abschneiden können?

Jugend von heute. In einer Verhandlung vor dem Volksgericht Würzburg zeigte sich ein solcher Verstand der Moral bei unserer Jugend, daß das abschreckende Beispiel verdient, öffentlich bekannt zu werden. 13 junge Mädchen und 2 junge Burken waren wegen Verübung von mehr als 400 Taschendiebstählen angeklagt. Sieben von den Beschuldigten waren 12 Jahre alt, zwei 14, drei 15 und zwei standen im 18. Lebensjahr. Den einzelnen Angeklagten wurden 81, 50, 36, 33, 40, 10, 24, 35 und 9 Taschendiebstähle nachgewiesen. Bei Ausübung ihres Handwerks waren immer 3-6 Mädchen besonnen. Sie machten auch Reisen nach Rürnberg, Bad Kissingen, Berlin usw. Die Höhe der Beträge, die sie erbeuteten, schwankt von Pfennigen bis zu 300 Mark. Die verhängten Strafen gehen von 2 Jahren herunter bis zu 14 Tagen Gefängnis.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 24. November 1919.

Zeichnet die Sparprämienanleihe! Diejenige Werber galt eine öffentliche Versammlung zu der der Bezirksausschuß für die Werbung zur Sparprämienanleihe auf gestern Abend in die „Traube“ eingeladen hatte. Leider war der Kreis derer, die dem Rufe gefolgt waren, nur klein, und doch hätten die Vorträge, die gehalten wurden, einen breiteren Jüngerkreis verdient, denn sie, und die nachher eingehende Aussprache räumten mit einigen landläufigen Irrtümern, die sich im Empfinden der Bevölkerung herumschleichen, ordentlich auf. Herr Seminaroberlehrer Küddler eröffnete den Abend mit einer kurzen Begrüßung wobei er auf die ungeheure Schuldenlast unseres Reiches hinwies, der es Herz zu werden gilt. Hierauf ergriff Herr Seminaroberlehrer Seunig das Wort zu seinem Vortrag: Wie stellen wir uns heute zum Staat und seinen Forderungen an uns. Der Redner gab zunächst einen Überblick über die heutige finanzwirtschaftliche Lage im allgemeinen, um sodann eine eingehende Begründung der Notwendigkeit der Sparprämienanleihe zu geben und mit gebührender Darlegung nachzuweisen, daß wir heute dem Staat ohne jede Rücksicht auf parteipolitische Empfindungen und Meinungen unsere weitgehende Hilfe leisten müssen, aus Gründen der Selbsthaltung, denn sein Ende ist unser Ende, und sein Aufstieg ist unser Glück. Unser Schicksal ist also eng mit dem des Staates verbunden, und wir müssen ihm unsere Gelder leihen, damit es nicht zum Zusammenbruch kommt. Und hier steht der Hebel ein, der vorgefaßte falsche Meinungen stürzt: Die Sparprämienanleihe ist so sicher wie alle anderen Werte, oder umgekehrt, alle anderen Werte sind nicht sicherer als die Sparprämienanleihe. Kommt es zum Staatsbankrott, dann entwertet sich auch die Papierleihe, und die Schlanberger, die da meinen, ihre in Grundstücken

angelegten Besitztümer seien unantastbar, befinden sich auf dem Holzwege, auch ihre Werte, mögen sie angelegt sein wie sie wollen, werden von der Konturmasse vernichtet. Einen zweiten Vortrag hielt Herr Oberamtsparkasser Kellingner. Er gab einen gründlichen Einblick in das Wesen der Sparprämienanleihe und setzte die Technik des Zeichnens auseinander. Der Vorsitzende dankte den Rednern für ihre Vorträge und eröffnete die Aussprache, indem er selbst zunächst darauf aufmerksam machte, welche ungeheuerlichen Folgen ein Staatsbankrott für uns haben würde, da in erster Linie die Entente, der wir im Falle des Zusammenbruchs unbarbarisch ausgeliefert seien, das jetzt besetzte Gebiet sofort annektieren und damit unermessliche Werte, die sich in den Kolongruben, Erzgruben, blühenden Landstrichen usw. repräsentieren, dem deutschen Volke entreißen würde. Verschiedene Herren nahmen noch zu der Anleihe Stellung, sie für Zeichnung empfehlend, insbesondere Herr Amtsgerichtsekretär Talmann-Groß, der mit aller Deutlichkeit die Darlegungen der verschiedenen Redner unterstrich und fast betonte, daß im Falle des Zusammenbruchs selbstverständlich auch Besitzer von Aktien, Häusern usw. nicht verschont bleiben, sondern daß diese ebenfalls scharf erfaßt würden wie die Inhaber von Wertpapieren. Mit einem kräftigen Appell, für die Zeichnung der Sparprämienanleihe einzutreten, schloß Herr Sem.-Oberlehrer Küddler die Versammlung.

Deutsche Demokratische Partei. Gestern nachmittags fand in der „Waldlust“ eine von der Deutschen Demokratischen Partei einberufene Versammlung statt, die zur Gründung einer Jugendabteilung der Partei führte. Der Grundgedanke dabei ist, die heranwachsende Jugend zum politischen Denken und selbstständigen Urteilen zu erziehen. Dies soll geschehen durch regelmäßige zunächst monatlich einmalige Zusammenkünfte, in denen kurze Referate über Fragen der Politik, der Volkswirtschaft usw. mit einem anschließenden Meinungsansatz gehalten werden sollen. Neben dieser ersten, des Zieles bewußten Arbeit, soll auch die Betätigung gepflegt werden. Als ständiges Lokal der Jugendabteilung wurde der „Deutsche Kaiser“ gewählt, die Zusammenkünfte finden mit Rücksicht auf die Volkshochschulkurse vorerst Samstags statt. Der Mitigedbeitrag wurde auf 1 Mk. im Vierteljahr festgesetzt. Ein Vorstand und Ausschuß von 5 Herren wurde gewählt, er soll durch Zuwahl von 2 Damen in der nächsten Versammlung ergänzt werden.

Drohender Streik in der Holzindustrie. Seit einiger Zeit ist bei den Holzarbeitern eine Lohnbewegung im Gange, die nun verstärkte Formen anzunehmen scheint. Die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern sind gescheitert. Am Montag soll in einer Versammlung der Betriebe Stuttgart über den Eintritt in den Streik entschieden werden.

Befreiung der aus Gefangenschaft zurückgekehrten Lehrer von der zweiten Dienstprüfung. Das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens hat genehmigt, daß alle 1898 oder früher geborenen Lehrer und Lehramtsbewerber, die aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt sind oder noch heimkehren werden, auf Ansuchen ohne Sportklarung von der Ablegung der zweiten Volksschuldienstprüfung befreit werden. Die jüngeren Lehrer und Lehramtsbewerber dieser Art werden späterhin auch bezüglich der zweiten Dienstprüfung in weitgehendem Maße befreit werden. Für die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Seminaristen sind ebenfalls weitgehende Vergünstigungen bezüglich des Abschusses ihrer Bildung, der Prüfung und finanziellen Unterstützung eingeleitet.

In das Fernsprechnetz in Ragold ist unter Nummern 67 angeschlossen worden: E. Witzmann Roshauptmännerei.

Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung. Bezugnehmend auf die Mitteilungen in der Freitagsnummer betreffend Meisterprüfungen bei der Handwerkskammer in Reutlingen sei darauf hingewiesen, daß damit gerechnet werden kann, daß bei genügender Beteiligung hier wieder ein Vorbereitungskurs stattfinden wird.

Der neue 50-Mark-Schein. In der nächsten Zeit wird eine neue Reichsbanknote zu 50 Mark ausgegeben

Wochenrundschau.

Der Landtag war in der vergangenen Woche zu einer kurzen und doch inhaltreichen Tagung versammelt. Zunächst aber hatte er den Tod seines bedeutendsten Mitglieds, des Hg. Adolf Gröber, zu beklagen, der am Mittwoch in Berlin mitten in der Ausübung seiner ihm zum Lebensberuf gewordenen parlamentarischen Arbeit gestorben ist. Er wird wieder im Landtag, noch im Reichstag in absehbarer Zeit vollwürdig zu sehen sein. Die Arbeiten des Landtags umfaßten diesmal die Grunderwerbsteuern der Gemeinden, eine Beschaffungszulage für die Beamten und Arbeiter des Staates in Höhe von 85 Millionen und das Dorfgesetz. Finanzminister Biesching entwickelte ein trostloses Bild unserer Lage und verlor sich auch nicht eine Zeile gegen die Reichsfinanzpolitik, die ihn förmlich gezwungen habe, dem Lande diese neue Kienlast aufzulegen, für die es keine Deckung gebe und die nur mit Schuldenmachen aufzubringen sei. Das Dorfgesetz führte zu einem scharfen Zusammenstoß mit der Bürgerpartei, deren geistvoller Führer wegen seiner unabweisbaren Politik in roher Weise beleidigt und vom Präsidenten nicht genügend geschützt wurde. Das Vorkommnis ist uns bedauerlicher, als es auf neue beweist, daß das Bürgertum im Kampfe gegen den Radikalismus nichts weniger als einig ist. Die maßgebenden Persönlichkeiten scheinen nicht zu ahnen, wie bitter sich das bald rächen wird.

Besseres, aber traurigeres Brot sollen wir jetzt erhalten, auch mehr Kohlen, wenn letzteres wahr ist. Die reichen Nieberschläge kamen jedenfalls zur Debung der Wasserkräfte für die Elektrizitätswerte und Mühlen ebenso gelegen wie die Verbesserung der Kohlenzufuhr auf den Wasserstraßen. Doch die Einjährigprüfung jetzt abgeschafft wird, ist kein Fehler. Man könnte ihr zur Zeit auch die Zeichenverbreitung folgen lassen, die für jede Einbürgerung mehr hundert Kohlen brauchen, als ein ganzer Haushalt für den Winter zur Verfügung hat. Unter den vielen Notverordnungen würde diese sicherlich keinen schlechteren Platz einnehmen, als die Verfügung über die Pensionierung der Beamten mit 65 Jahren. Da dieses Verfahren neuerdings auch auf den Unversitätsbetrieb übergriffen droht, hat der große Senat in Erlangen dagegen aufbegehrt. Er verlangt sein Würde-

stimmungsrecht auch bezüglich der Zulassung zum Universitätsstudium. Das zielt im einzelnen gegen den Wunsch unserer Volksschullehrer, nach zweijähriger praktischer Tätigkeit ohne weiteres studieren zu können wie einer, der sein Maturitätszeugnis machte.

Der Reichstag hat am Donnerstag seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen. Bis dahin hatte der Untersuchungsausschuß getagt. Er ist ausgegangen wie das Doctordröckchen Schieken. Hindenburg, Ludendorff und Helfferich haben die Mäntel des Großen Bernstorff ins rechte Licht gerückt. Die Herren Ankläger Cohn, Einzgebner, Schilding und David waren bald in die Rolle der Beklagten gekommen, obgleich man Helfferich zweimal strafe, weil er sich weigerte, einem Manne wie Cohn, der mit russischen Geldern bei uns die Revolution vorbereitete, zu antworten. Ein Mann mit Gott ist immer die Wahrheit, sagt ein altes Wort. Hier waren drei Mann mit der Wahrheit stärker als der ganze Untersuchungsausschuß von 23 Köpfen, besonders nachdem der Vorhitz gemocht war. Der Krad hat wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Wenn man jetzt unieren Hindenburg als alten willenlosen Mann in den Händen Ludendorffs und Helfferichs hinstellen will, so erweist das bei einem anständigen Menschen nur Verachtung. Die Wahrheit muß doch liegen, mit oder ohne Grenzkompanie, aber auch mit oder ohne demagogischem Schwundel.

Die Gemeindevorhaben in den besetzten Gebieten sind nun tatsächlich von der Entente aufgehoben worden, die zur Zeit mit ihren eigenen Wahlen stark beschäftigt ist. In Belgien und in Italien hat der Sozialismus geliegt, in Frankreich ist er furchtbar unterlegen, woraus zu ersehen ist, wie verheerend der Krieg und Frieden bei diesen drei romanischen Völkern gewirkt hat. Es ist noch nicht zu übersehen, ob davon auch bestimmte Wirkungen auf unser Schicksal zu erwarten sind. Vordrängung bleiben wir an Händen und Füßen gefesselt, rüsten uns auf den Empfang der Ueberwachungskommissionen als Zwangsarmee, warten immer noch auf unsere Gefangenen in Frankreich und haben uns mit der Washingtoner Konferenz am Harrenfeld bewußtlos lassen, indem unsere Arbeiterdelegierten gerade an dem Tage hätten nach Amerika reisen dürfen, an dem die Konferenz geschlossen wurde.

(Wegen Platzmangels in der Samstag-Nr. unliebe verspätet.)

Von dem geheimen Einfluß des Menschen auf andere Menschen. Wenn wir dem Höchsten, was in uns ist, treu bleiben wollen, müssen wir in jedem Menschen, der uns begegnet, das Gute suchen und wahren. Christus wandte sich immer an das Höchste, Wahrste und Beste im Menschen; er erkannte den Gott in jedem, weil er ihn in sich selbst gefunden hatte. — auch in den Jöllnern und Sündern, die von den hochmütigen u. selbstgerechten Pharisäern verachtet wurden.

Wenn wir von jemand Böses denken, so werden wir ihm dadurch Böses suggerieren (einschießen); je sensibler (feinnerziger) er veranlagt ist, desto mehr wird er von unserm Gedanken zu leiden haben, und so werden wir an seinem Bösen mitschuldig. Unmachtet können wir durch gute Gedanken einem Menschen rechtlichen Einfluß auf ihn ausüben, der wieder von ihm zu uns zurückstrahlt: wenn wir alle lieben, so werden wir von allen geliebt sein.

Auch deine heimlichsten Gedanken seien rein; sie sind voll Kraft und wirken im Verborgenen, daß Wort und Schicksal sich nach ihnen formen, so wunderbar und fein sind Gottes Normen.

(Aus Ralph Waldo Trine: „In Harmonie mit dem Unendlichen“ [bei J. Engelhorn in Stuttgart].)

Der Einfluß einer kleinen Menge Alkohol. In einem skandinavischen Blatt wurden Versuche von Curt Gyllenswörd veröffentlicht über den Einfluß kleiner Alkoholmengen (5 ccm) auf das Orientierungsvermögen. Die Versuchsperson mußte mit geschlossenen Augen einen Punkt auf einem vor ihr hängenden Papier angeben, nachdem sie dies zuerst mit offenen Augen getan hatte. Es ergab sich nun, daß 50 Minuten nach Verabreichung der genannten Menge das Orientierungsvermögen stark zurückgegangen ist. Dasselbe Ergebnis erhielt der Untersucher, wenn der Versuchsperson der Alkohol ohne ihr Wissen verabreicht wurde, so daß Suggestion (Beeinflussung durch Gedankenvorstellungen) ausgeschlossen war. — Jemand, den ich diesen Bericht lesen ließ, wurde sogleich nach dem Lesen entsetzt. So schreibt ein bekanntes holländisches Blatt nach einer dortigen ärztlichen Zeitschrift.

(102: 153) kein Maß enthält. und wird Rechts über dem Hinte mit der Reichsha Die Ritz Papierfah zwei Zier freisunde * Sch bische Stuttg lichen V Schibid Natur un für die lebens m dng von gemein en de, auch ein Inter Die gemeinli Fremde jollern geclit. * Ein den. In jedoch nicht * Die gemeldet, durch die Kriegsank tenter Ste nicht richt Oberamt schon jezt mit gering fort zu tun nicht der mitgeteilt * Gr dem Julo lassen. B Hälfte nebl bleiben. V Gemeinbe Gemeinbe meinden, Steuer mit stellt. D Gemeinbe schlage zu unlage au beträt. V herigen 2, trächit h Julschlge menden G tungen un gerne nach wie getier * Die Berichten auf 56 Ob bezw. 6 O Oberamt ramt Cra höst des C den ansted bezirken.

Der h gemeinen lase Einbu von Tau die gefa lichte zu toffen, Y allgemein nichts un derlich, vor Gen. Wo tariffliche terordnung sind Ueber ordnung S stunden ge Alle Arbeit her der R menarbeit befindliche

DK. 2 entourf al beteiligten zugegangen un die in vorgesehene Beschäftig sonderen C Fideikomn gültigen V gegen ent 8 60 Abfat für den vo Regelung i Stu Bekämpfung

Für Dezember

Bestellungen auf den Gesellschafter entgegen.

Zeit zur Beschlagnahme einer Reihe von schamlosen Druckschriften, Bildwerken und Postkarten sowie zur Festnahme mehrerer hier ansässiger Personen geführt, die den Verkauf und die Verbreitung in großem Umfang betrieben. In einem Fall wurde nahezu die ganze in einer hiesigen Druckerlei hergestellte Auflage mit 5000 Stück beschlagnahmt.

Stuttgart, 21. Nov. Die Demokratische Korrespondenz hatte berichtet, in einem hiesigen Hotel hätten die dort wohnenden Verbandsmitglieder einige Studenten, die sich in Couleur in dem Hotel aufhielten, aufgefordert, das Hotel zu verlassen. Um Zusammenstöße zu vermeiden, sei dem Verlangen der Offiziere Rechnung getragen worden. Dazu bemerkt die „Württ. Zeitung“: Nach unserer Kenntnis ist die Darstellung nicht ganz richtig. Nicht die Verbandsmitglieder, sondern der Hotelbesitzer hat, übrigens in höflichster Form, Korpsstudenten ersucht, das Haus zu verlassen, da die fremden Gäste an der Couleur Anstoß nehmen könnten. Ob die Verbandsmitglieder den Bitt zu seinem Vorgehen veranlaßt haben, oder ob er von selbst aus zarter Rücksicht gehandelt hat, jedenfalls ist auch dieser keine Vorkas geeignet, uns zum Verwundern zu bringen, wie weit es mit uns gekommen ist und was uns noch zugemutet werden kann, wenn wir lange Jahre einen Haufen fremder Offiziere und andere Vögte mit ihrem verschiedenartigen Trotz bei uns aufnehmen und (in weitestem Sinne) unterhalten müssen. Hoffentlich erinnern wir uns dann wieder, mehr als es jetzt geschieht, daß es ja etwas wie nationale Würde gibt, und daß wir in unserer Niedrigkeit erst recht Ursache haben, sie zu mahnen.

Stuttgart, 22. Nov. Am Freitag wurde der Vorsitzende des Landesauschusses der Erwerbslosen, der bekannte Kommunist und Sozialist Fritz Kummerow im Büro der Erwerbslosenkommission verhaftet. Die der „Sozialdemokrat“ mitteilt, soll Kummerow ausgewiesen werden.

Stuttgart, 22. Nov. Die Besetzung Adolf Gröbers erfolgt am Mittwoch vormittag in Weingarten.

Kirchheim a. L., 21. Nov. Der 24 Jahre alte Fritz Bollmer, Sohn des Parrenwärters Bollmer von Wellingen verunglückte beim Stumpenstechen. Da ein Schuß nicht rechtzeitig losgegangen war, wollte Bollmer nach der Ursache sehen. Im selben Augenblick explodierte die Ladung und überfiel ihn auf der Stelle.

Ordnung im Freudenstadt, 21. Nov. Hier wurde ein Diebstahl unter dem Verdacht verhaftet, heimlich geboren, ihr Kind getötet und im Walde verscharrt zu haben.

Von der bairischen Grenze, 21. Nov. In Würzburg hat ein Viehebrand, der im Kinderstall ausgebrochen war, einen großen Teil des Mittelbaus samt dem Uhr- u. Glockenturm eingeschlagen. Den Schaden schätzt man auf 1/2 Mill. M. Die Brandursache ist unbekannt.

Die Nöte unserer Landwirte.

Von der rauhen Alb wird uns geschrieben: Viehlaß wird in den Städten und selbst auf dem Lande die mangelhafte Versorgung besonders mit Brotgetreide den Bauern in die Schuhe geschoben und die gegenseitige Erbitterung zwischen Stadt und Land verschärft. Die Hauptursache unseres jetzigen Notstandes liegt aber ganz wo anders, nämlich in dem fehlenden Verständnis der Bedrücker und der Versorgungsbedürftigen für die Lage des Landwirts. Aber nicht den letzteren, sondern den ersteren ist die Hauptschuld beizumessen. Ich bin nicht Landwirt, weiß aber genau Bescheid über die Verhältnisse der Kleinbauern, die die übergroße Mehrzahl unserer Landesbevölkerung bilden. In hiesigem Orte sind mindestens 300 Kleinbäuerliche Familien. Es sei uns nun gestattet, den Betrieb und die Bewirtschaftung einer solchen Kleinbauernwirtschaft den Lesern vor Augen zu führen. Durchschnittlich beträgt die Morgenzahl einer Wirtschaft rund 10. Davon sind etwa 4 Morgen Grasswachs, 2 Morgen mit Haber, 1 Morgen Gerste, 1 Morgen Wintergetreide, 1 Morgen Kartoffeln und Rohrkraut und 1 Morgen mit Alee angebaut. In der Wirtschaft werden 2 Kühe, die als Zugtiere verwendet werden und ein Stiel Jungvieh benötigt. Die Ernte des Grasswachses, des Alee und der Rohrkraut braucht der Kleinbauer zur Fütterung des Viehs, das Wintergetreide zur Versorgung der Familie, ebenso die Kartoffeln. Verkauft man er also in der Hauptsache nur Haber und Gerste. Vom Morgen erhält er 10-12 Zentner, von drei Morgen also 30-40 Zentner. Bei einem Preis von 40 M. pro Zentner ergibt er sonach eine Einnahme von 1600 M. Aus dem Stall betragen seine Einnahmen für Milch rund 1000 M., für verkauften Vieh 600 M., zusammen also rund 3200 M. Hinzu kommt der Wert der in der Haushaltung verwendeten Naturalien mit 1800 M. Gesamtsumme rund 5000 M.

Diesen 5000 M. Einnahmen stehen folgende Ausgaben gegenüber: Hagelversicherung 100 M., Verzinsung des Anwesens (das einen Wert von rund 20 000 M. repräsentiert) 800 M., Dreschen, Licht und Kraftstrom 100 M., Steuern 100 M., Aalefamen, Rindböcker 250 M., Ausgaben für Erhaltung der Fahrnis 200 M., Haftpflicht und Feuerversicherung 50 M., Aufwand für Gebäude und Stallung 100 M., Abschreibung 100 M. zusammen 1800 M. Es verbleiben demnach rund 3200 M. für den Kleinbauer und seine Frau, wenn der Zentner Getreide mit 40 M. bewertet wird. Erhält er aber nur 20 oder 22 M., wie die Höchstpreise lauten, so reduziert sich die Einnahme auf 2500 M., für die der Kleinbauer und seine Frau jahraus jahrein nicht nur acht sondern zwölf und mehr Stunden arbeiten müssen. Jeder Tagelöhner spricht aber heute mehr an. Im vergangenen Sommer verlangte der so viel angefochtene Abg. Körner in einer Bauernversammlung auf der Hauptversammlung, daß die Landwirte 30 M. für den Zentner Getreide fordern und daß die Druckschritte abgelehrt werden müsse. Damals wurde diese gerechte Forderung nirgends beachtet, auch wurde den Landwirten eine entsprechende Bestätigung und Mitarbeit bei Festsetzung der Preise nicht zugestanden. Das hat sich bitter gerächt und dem Schleichhandel Tür und Tor geöffnet. Aber noch ist es nicht zu spät, denn viele Altbauern haben

noch nicht gedroschen, weil Kraft und Rohle fehlen. Aber Eile tut not. Es muß sofort für künstliches abzuliefernde oder bereits abgelieferte Getreide ein Mindestpreis von 30 M. für den Zentner festgesetzt werden. Andernfalls ist die Katastrophe unausweichlich. Möchte dieser Notruf die nötige Beachtung finden!

Handels- und Marktberichte.

Ulm, 21. Nov. Pferdemarkt. Trotz der Ungunst der Witterung war der Markt gut besahren. Es waren gegen 500 Pferde, meist Arbeitspferde, aufgestellt. Der Handel gestaltete sich lebhaft. Die Preise gingen weiter in die Höhe. Es kosteten junge schwere Arbeitspferde 10 000-12 000 M., junge mittelschwere Arbeitspferde 7000-9000 M., ältere Arbeitspferde 3-4500 M., Schlachtpferde 1000-1500 M. d. Stück.

Familiennachrichten.

Auswärtige.

Gestorbene: Lukas Dießinger, Oberndorf, am 1. 8. 18 im Felde gefallen. Clara Stamer, 25 Jahre, Barmhingen. Heinrich Maier, Bauer, 64 Jahre, Wödingen. Adolf Bäuerle, Bauart a. D., Stuttgart. Wilhelm Jauch, Tonnenweier in englischer Gefangenschaft gestorben.

Eingefandt.

Da die Renewahl zum hiesigen evang. Kirchengemeinderat bereits am 7. Dezember stattfinden wird, so dürfte es an der Zeit sein, zunächst allgemein, zur Auswahl, bevor die verschiedenen Wahlvorschläge endgiltig zu Stande kommen, einige beliebige Namen aus der Menge treuer Kirchengemeindemitglieder herauszugreifen: Dachtler, Edwin, Seminaroberlehrer, Jenne, Gottlob, Schreinermeister, Klump, Karl, Wegnermeister, Raaf, Hermann, Gärtnermeister, Schwan, Karl, Weinbändler, Schwarzkopf, Karl, Webermeister, Weik, Martin, Stadttagelöhner a. D., v. Olinhausen, Karoline, Rinderjägermeister. Ein Freund der Kirche.

Letzte Nachrichten.

Das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 22. November. Der sozialpolitische Ausschuss der Nationalversammlung ist in der Beratung des Betriebsrätegesetzes heute bei Art. 34, der die Aufgaben der Betriebsräte regelt, angelangt. Darin ist u. a. vorgesehen, daß die Betriebsräte mit Aufsichtsräten u. Mitglieder des Betriebsrates im Aufsichtsrat mit gleichen Rechten und Pflichten Sitz und Stimme haben sollen. Diese Bestimmung erschien den nicht-sozialdemokratischen Parteien als zu weitgehend, während der Sprecher der Sozialdemokratie erklärte, bei Ablehnung dieser Bestimmung habe seine Partei kein Interesse mehr am ganzen Gesetz. Auf Vorschlag eines Zentrumvertreeters wurde die Weiterberatung vertagt, um eine Entscheidung hierüber unter den Regierungsparteien herbeizuführen.

Abberufung des Generals Andlauer aus dem Saargebiet.

Saarbrücken, 22. Nov. Laut „Westdeutscher Zeitung“ ist der bisherige oberste Verwalter des Saargebietes, Generalmajor Andlauer, mit dem 20. November ds. J. von seinem Posten abberufen worden. Zu seinem Nachfolger wurde Generalleutnant Wibel ernannt. Die Abberufung Andlauer's galt bereits seit dem letzten großen Streik im Saargebiet als sicher.

Die Umsatzsteuer.

Berlin, 22. Nov. In der heutigen Sitzung des Ausschusses der Nationalversammlung für die Umsatzsteuer wurde die erste Lesung des Gesetzes beendet. Die Umsatzsteuern für Kurzgegenstände wurden einheitlich auf 15% gegenüber 10% in der Regierungsvorlage festgesetzt.

Keine Gewalt von rechts.

Berlin, 24. Nov. Die Kreuzzeitung befaßt sich mit dem Forderung, daß die Revolution in Gefahr sei, unter dem sich die Einigung der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen vollziehen soll. Das Blatt sagt, jeder politische Kopf weiß, daß sich Revolutionen nicht innerhalb kurzer Zeit präparieren lassen. Wir wissen, daß der Gesundungsprozess in unserm Volk nur langsam fortschreiten kann und wir sind flug genau, ihn nicht durch eine gewalttätige Umwälzung in Frage zu stellen.

D'Annunzios Abenteuer.

Zalato, 24. Nov. D'Annunzio beabsichtigt sich ganz Dalmatiens zu bemächtigen. Die italienischen Blätter in Zara veröffentlichten ohne Vorbehalt die Stärke seiner Truppen, die auf Zalato bestimmt sind. Dalmatien verlangt von der Belgrad Regierung energisches Auftreten um den Anmarsch der Italiener auf das unbefestigte jugoslawische Gebiet abzuwehren.

Die Neuordnung des italienischen Militärwesens.

Rom, 24. Nov. (Agenzia Stefani.) Das Gesetz der Neuorganisation der Armee soll demnächst veröffentlicht werden. Die Verlage baut sich auf eine 1-jährige Dienstzeit auf, die für alle Bestände auf 8 Monate herabgesetzt werden kann. Die obligatorische Militärdienstpflicht wird auf jedermann ausgedehnt. Ihre Dauer kann aber für diejenigen, die sich in außerordentlichen Familienverhältnissen befinden, herabgesetzt werden.

Brotmangel in Madrid.

Madrid, 24. Nov. Die Lage in der Brotversorgung hat sich sehr verschlechtert. Es kam zu öfteren Zwischenfällen auf dem Markte und vor den Bäckereien, wo große Menschenmengen auf die Verteilung geringer Brotportionen warteten. Infolge des Blakerstrekes verschärfte sich der Brotmangel noch mehr, so daß es der halben Bevölkerung an Brot fehlt.

Französische Justiz.

Rannheim, 22. Nov. Die Halbjentrale meldet: Bekanntlich wurde feinerzeit der Kaufmann Mübs in Rafferslautern von dem französischen Korporal Cassat erschossen. Mübs hatte über zwei sogenannte Damen, die sich in Begleitung französischer Soldaten befanden, eine absprechende Bemerkung gemacht, weshalb ihn einer derselben ins Gesicht schlug. Als Mübs sich zur Wehr setzte, fielen die französischen Soldaten über ihn her und mißhandelten ihn schwer. Der

(102:153 mm). Sie ist auf weißes Papier gedruckt, das kein Wasserzeichen, wohl aber einen braunen Faserstreifen enthält. Das Schaufensterbild ist in der Grundwirkung grün und wird durch einen schmalen braunen Rand begrenzt. Rechts oben befindet sich ein weißlicher Idealkopf auf grünlichem Hintergrund. Nach links zieht sich ein brauner Band mit der Aufschrift „Fünfundzwanzig Mark“. Darüber steht das Wort „Reichsbanknote“, darunter der weitere Text in grüner Farbe. Die Mitte der braunen Rückseite durchzieht ein brauner Papierfaserstreifen. Das Mittelfeld enthält rechts und links zwei Hirsche in Form zweiflügeliger Ovale, in der Mitte ein freisitzendes Hirschkopf.

Schwäbisches Lichtbild. Unter dem Namen „Schwäbisches Lichtbild“ ist unter Führung von Prof. Dr. Ueber-Stuttgart durch Zusammenwirken der angesehensten heimatischen Vereine eine Vereinigung gegründet worden, die im Lichtbild alles zusammenfassen will, was in Stadt und Land, Natur und Kunst, Geschichte und Gegenwart, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft usw. Beachtenswertes vorhanden ist. Für die Volksbildung, Schulen, Befruchtung des Wirtschaftslebens und die Werbearbeit für unser Land ist die Gründung von größter Bedeutung. Sie kommt einem längst allgemein empfundenen Bedürfnis entgegen. Jede Gemeinde, auch die kleinste, wird Vorteile davon haben und hat ein Interesse an der Mitwirkung.

Die Ausleihstelle wird bei dem durch seine vielseitigen gemeinnützigen Arbeiten an unser Schwabenland verdienten Fremdenverkehrsverband Württemberg-Göhenkollern in Stuttgart Schloßstr. 10 am Hauptbahnhof eingerichtet.

Eine Sonnenfinsternis hat am Samstag stattgefunden. Infolge des trübten Wetters war dieselbe bei uns jedoch nicht sichtbar.

Die Kriegsanleihe der Schüler. Dieser Tage wurde gemeldet, daß die Oberamtsparlamente beschlossen haben, die durch die Schüler beigebrachten kleineren Beiträge zu den Kriegsanleihen jetzt schon zurückzugeben. Wie von kompetenter Stelle mitgeteilt wird, ist die Notiz in dieser Form nicht richtig. Es sei vielmehr in das Ermessen der einzelnen Oberamtsparlamente gestellt worden, ob sie die Rückzahlung schon jetzt oder später vornehmen wollen. Nur kleine Klassen mit geringen Schülerleistungen seien in der Lage, dies sofort zu tun, bei allen größeren Oberamtsparlamenten ist dies nicht der Fall. Der Beginn der Rückzahlung wird jeweils mitgeteilt werden.

Grundverwerbssteuer. Das Reichsgesetz hat den Ländern Zuschläge bis zu 2% zur Grundverwerbssteuer überlassen. Von den Zuschlägen darf das Land höchstens die Hälfte nehmen, die andere Hälfte muß den Gemeinden verbleiben. Bayern hat auf sein Zuschlagsrecht zugunsten der Gemeinden ganz verzichtet. Württemberg wird von 2% den Gemeinden 1,6% überlassen. Dadurch werden die 250 Gemeinden, die bisher Zuschläge zur alten Grundverwerbssteuer mit 0,8% erhoben haben, um das Doppelte besser gestellt. Die übrigen 1644 Gemeinden, die seither keine Gemeindevorwerbssteuer erhoben haben, dürfen ebenfalls Zuschläge zur Grundverwerbssteuer erheben, wenn die Gemeindeumlage auf Grund, Gebäuden und Gewerben mehr als 4% beträgt. Da die Erhöhung der Grundverwerbssteuer von bisherigen 2,97% auf 4% den Vermögensumsatz nicht beeinträchtigt hat und angenommen werden darf, daß auch die Zuschläge von 2% für Land und Gemeinde nicht von hemmendem Einfluß sein werden, werden die Gemeindevorwaltungen unter den heutigen Zuständen der Gemeindefinanzen gerne nach dem Zuschlag greifen. — Die Stadt Nagold hat, wie gestern mitgeteilt, die Erhebung von 1% beschlossen.

Vierleuten in Württemberg. Nach den amtlichen Berichten herrschte die Pferdeerde in 450 Schöden, die sich auf 56 Oberämter verteilen, die Schafzucht in 22 Schöden bezw. 6 Oberämtern. Mißbrand ist in einem Gehöft im Oberamt Waiblingen, Raufbrand in zwei Gehöften im Oberamt Crailsheim und Gerabronn und Rogg in einem Gehöft des Oberamts Bodnang ausgebrochen. Außerdem standen anfechtungsverdächtige Pferde in verschiedenen Oberamtsbezirken.

Aus dem übrigen Württemberg.

Gefährdung der Hackfruchtente.

Der frühe Eintritt des Winterwetters hat bei dem allgemeinen Rückgang der diesjährigen Erntearbeiten, die restliche Einbringung der Hackfrüchte vermindert. Bei Eintritt von Tauwetter gilt es, alle Kräfte einzusetzen, um die für die gesamte Bevölkerung dringende (schwierige) Lage nach Möglichkeit zu mildern und die noch im Boden befindlichen Kartoffeln, Futter- und Futterrüben herauszunehmen. Bei der allgemeinen Knappheit an Nahrungs- u. Futtermitteln darf nichts unvernutzt bleiben, um die Erntearbeit da, wo erforderlich, vor Eintritt des Winterwetters zum Abschluß zu bringen. Wo die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte u. die tariflichen Beträge oder die nach der vorläufigen Landarbeiterordnung vorgesehenen Höchsttarifleistungen nicht ausreichen, sind Ueberstunden zu machen. Die vorläufige Landarbeiterordnung § 3 steht ausdrücklich vor, daß im Notfalle Ueberstunden gegen besondere Vergütung geleistet werden können. Alle Arbeitnehmer u. Arbeitnehmerorganisationen bitten daher der Reichsernährungsminister durch einträchtiges Zusammenarbeiten darauf hinzuwirken, daß die noch auf dem Felde befindliche Ernte gerettet wird.

Aufhebung der Fideikommission.

DK. Der vom Justizministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Aufhebung der Fideikommission ist jetzt den beteiligten Kreisen zur Aeußerung bis Ende dieses Monats zugegangen. Es handelt sich bei diesem Entwurf lediglich um die in § 60 Abs. 2 der württembergischen Verfassung vorgesehene Aufhebung des fideikommissarischen, d. h. der Beschränkung des freien Eigentumsverfügung und der besonderen Erbfolge, die für die Fideikommission gelten. Die Fideikommissionen werden durch den Entwurf der allgemeinen gültigen Vererbungsregeln und Erbfolge unterworfen. Dagegen enthält der Entwurf keine Bestimmungen über die in § 60 Abs. 2 der Verfassung vorgesehene Zwangsenteignung für den volkswirtschaftlich schädlichen Grundbesitz. Diese Regelung ist einem weiteren Entwurf vorbehalten.

Stuttgart, 21. Nov. Die Tätigkeit der Polizei in der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur hat in letzter



Korporal Cassot, mit dem Mühs nicht das Geringste zu tun hatte, schob dem wehrlos am Boden liegenden Mühs eine Kugel in den Kopf. Der Mörder wurde heute vom französischen Kriegsgericht freigesprochen.

Die Verkehrsperre im besetzten Gebiet.

Moskau, 24. Nov. Die internationalisierte Feldbahnkommission hat den für den 22. Nov. beabsichtigten Fahrplan für das besetzte Gebiet nicht genehmigt, sondern die seit dem 12. November durchgeführte Einstellung des Personen- und Schnellzugverkehrs bis 30. Nov. einschließlich verlängert.

Gegen die „Reaktion“.

Berlin 24. Nov. Gestern fanden hier zahlreiche Demonstrationen der Unabhängigen gegen die „Reaktion“ statt. Die „Freiheit“ hebt in diesen Kundgebungen eine Warnung an die Reaktion. Das Berliner Proletariat habe den unabänderlichen Willen, den von der Reaktion angefangenen Kampf aufzunehmen und im Sinne des revolutionären Sozialismus durchzuführen.

Amerika und die Ratifikation.

Paris, 24. Nov. Presse de Paris glaubt zu wissen, daß Wilson den Versailler Vertrag im amerikanischen Senat anfänglich seiner nächsten Sitzung wieder einbringen und gleichzeitig verlangen werde, daß Verhandlungen zwischen den Republikanern und Demokraten behufs eines Kompromisses fortbauern.

Unsere Zucker- und Brotversorgung.

Berlin, 23. Nov. Der „Voss. Zeitung“ zufolge dürfte schon in aller Kürze die entscheidende Sitzung stattfinden, in der eine Änderung der bisherigen Zuckerwirtschaft festgelegt werden wird. Wenn überhaupt an eine freie Bewirtschaftung des Zuckers gedacht wird, so kann das nur in beschränkter Maße der Fall sein. Man wird sich dem Vernehmen nach nicht dazu entschließen können, von einer Zwangsbevirtschaftung des für die Haushaltungen rationierten Zuckers Abstand zu nehmen. In der Brotge-

treidewirtschaft dürfte eine Änderung jetzt nicht erfolgen. Gefahren für die Brotversorgung bestehen nach der an maßgebenden Stellen herrschenden Auffassung im Augenblick nicht. Die Reichsgetreidekasse ist bereits jetzt soweit eingedeckt, daß die Brotversorgung bis Mitte Februar gesichert ist.

Keine Einigungsverhandlungen unter den Sozialisten?

Berlin, 22. Nov. Wie das Zentralkomitee der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der „Freiheit“ mitteilt, ist an den umlaufenden Gerüchten über Einigungsverhandlungen der sozialistischen Parteien kein wahres Wort.

Beseitigte Unzuverlässigkeit in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Der Bezirkssekretär Fritz Ehler wurde zum Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M. ernannt und hat heute sein Amt angetreten. Starke Abteilungen des hier garnisonierten Landesjägerbataillons besetzten heute früh 5 Uhr das Polizeipräsidium und lösten die hier befindlichen Bereitschaften der Sicherheitswache auf. Der Wechsel der Wachen vollzog sich reibungslos. Die Hilfspolizei wurde entlassen. (Dem bisherigen Polizeipräsidenten war nahegelegt, von seinem Amte zurückzutreten, und die Hilfspolizei galt als wenig zuverlässig.)

Tauroggen in den Händen der Litauer.

Berlin, 24. Nov. Tauroggen ist von den Litauern besetzt worden. Der Lokalanzeiger meldet, wie die Litauer Allgemeine Zeitung über die Einnahme Tauroggens durch die Litauer erzählt, bestand die deutsche Besatzung Tauroggens aus 8 Gendarmen und Polizisten, die sich 1 1/2 Stunden lang gegen etwa 800 Litauer heldenmütig verteidigten.

Die Lage im Baltikum.

Berlin, 22. Nov. Ueber die Lage im Baltikum erzählt das Voss-Bureau von zuständiger Stelle: Die eiserne Division ist im Rückmarsch begriffen. Ueber ihren augenblicklichen Standort ist nichts Näheres bekannt. Riga ist vermutlich

geräumt. Beiderseits Riga haben sich litauische Angriffe entwickelt. Die Bahn Riga-Murajewo ist westlich von den Litauern unterbrochen. Der deutsche Panzerzug, der zum Schutz der deutschen Eisenbahnabteilung im Baltikum zurückgeblieben war, ist entgleist und verbrannt. Abteilungen, die westlich Riga fanden, sind von Westen und Süden sehr stark von Litauern angegriffen. Auf deutscher Seite kämpft in der Hauptsache die kurländische Division, die von der Bolschewistenfront herbeigezogen worden ist. Der Eisenbahnzug, in dem sich Bermond befand, wurde ergebnislos angegriffen. Bei Badschowitsch wird erbittert gekämpft. Tauroggen ist von regulären litauischen Truppen besetzt. Auch bei Prekslen greifen die Litauer an. Die Bahn Tauroggen-Prekslen ist unterbrochen. General Eberhardt befindet sich in Schaulen. Die Entente-Kommission für das Baltikum hat sich nach Tauroggen begeben.

Amerikanischer Weizen.

New-York, 24. Nov. (Neuer.) Das Ein- und Ausfuhrverbot für Weizen und Weizenmehl wird vom 15. Dezember ab aufgehoben.

Ämtliche Kurse

Bankfirma Baer & Elend, Karlsruhe i. B.

5% Kriegsanleihe	78	Allgem. Gl. Akt.	237
4% Württemberg	78	Bankakt.	115
4% Bad. Gläub. Anl.	75	Korbd. Anl.	119
3 1/2% do. cons.	88	Polst.	293
4% Bapags	68	Bad. Anl. u. Soda-Akt.	467
		Deutsche Kohl.-Akt.	235

Draht Schweiz 100 Franken = 4 785
Holland 100 Gulden = 4 1854

Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.

Erlidigung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte. Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Entlassungsmängel. 2229

Die Mängel für entlassene Mannschaften sind nunmehr eingetragen; die Inhaber einer diesbezüglichen Anweisung wollen sich bei der Bezirksverwaltungsstelle Nagold melden. Nagold, den 22. Nov. 1919. Oberamt: Mü n j.

Nachdem sich der Metzger Joh. Conzelmann aus Rohrdorf wiederholt gegen die Bestimmungen der Fleischverwaltungsstelle verfehlt und sich hiedurch in der Befolgung der Pflichten, die ihm durch die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 25. September 1916 S. 21-31 auferlegt sind, als unzuverlässig erwiesen hat, ist dessen Metzgereibetrieb mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres geschlossen worden. Nagold, den 20. Nov. 1919. Oberamt: Mü n j. 2228

Betrifft Kälberausbringung.

Die Ausbringung der Kälber läßt alles zu wünschen übrig. Anstatt daß sie den mit der Schlachtviehhausabrechnung beauftragten Ober- und Unterläufern angeboten werden, kommen sie größtenteils in den Schleifhandel oder werden zu unerlaubten Hauschlachtungen verwendet. Es ist daher Veranlassung gegeben, darauf hinzuweisen, daß nach wie vor die Bestimmungen des § 1 der Verfügung der Fleischverwaltungsstelle für Württemberg und Hohenzollern vom 21. November 1917 in Gültigkeit sind, wonach die Ablieferung von Schlachtvieh (Kälbern jeden Alters und Geschlechts, also einschließlich von Kälbern, Schweinen und Schafen) an andere als die Beauftragten der Fleischverwaltungsstelle verboten ist und andere als diese Beauftragten Schlachtvieh nicht verkaufen dürfen. Käufer wie Verkäufer machen sich einer Verletzung schuldig, wenn sie entgegen dieser Vorschrift Vieh kaufen oder verkaufen. Sie werden darauf aufmerksam gemacht, daß nunmehr Schleifhändler durchweg mit Gefängnis bestraft werden. 2230

Die Herren Ortsvorsteher wie auch die Ober- u. Unterläufer, sowie die Landjäger- und Polizeimannschaft werden wiederholt angewiesen, die zu ihrer Kenntnis kommenden ungesetzlichen Verkäufe und Schlachtungen von Kälbern unverzüglich zur Anzeige zu bringen. Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Fleischverwaltungsstelle für beratige Anzeigen nicht unerhebliche Belohnungen verwilligt. Solche Belohnungen erhalten auch Privatpersonen, wenn sie Schwarzschlachtungen zur Anzeige bringen. Nagold, den 22. Nov. 1919. Oberamt: Mü n j.

Habe im Auftrag zu verkaufen 2 Stück von Gans gestricke wollen 2226

Damenblusen.

Wer? sagt die Geschäftsf.

Stuttgarter Kunstfärberei

färbt und reinigt rasch und gut.

Annahmestelle:

Frau Frida Mikel, Friseurgeschäft.

Wilde Kastanien

kauft und bietet um Angebot mit Quantums-Angabe W. S. Mann 58m Oloersandhaus München. Sätze können gestellt werden.

Gebetbücher

bei G. W. Zaiser, Nagold.



III. Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.

Dieser mit Spannung erwartete 3. Band, in dem Bismarck das Ende seiner Amtstätigkeit, seine Differenzen mit Wilhelm II. und dessen Politik bespricht, wird noch vor Weihnachten erscheinen, worauf jetzt schon Bestellungen entgegennehmen.

G. W. Zaiser

Buchhandlung Nagold.



Bekanntmachung.

Besserer Wasserstand versetzt uns in die Lage, von Montag den 24. d. M. ab bis auf weiteres an 4 Wochentagen eine geregelte Stromversorgung aufzunehmen. An den übrigen beiden Wochentagen ist die Hochspannungsleitung von morgens 8 Uhr bis abends 4 Uhr bzw. bis mittags 12 Uhr abgehalten, so daß an den Tagen

Montag u. Samstag-Vormittag

die Gemeinden: Altensief-Dorf, Altnuifra, Beuren, Böfingen, Ebershardt, Egenhausen, Etmannweiler, Finsbrunn, Garweiler, Gaugenwald, Halterbach, Rindersbach, Nonhardt, Oberschwandorf, Rohrdorf, Simmersfeld, Spielberg, Ueberberg, Waldborf, Wart, Wenden

in der genannten Zeit keinen Strom haben. Außerdem dürfen unter keinen Umständen morgens von 5 Uhr bis 8 Uhr und abends von 5 Uhr bis 10 Uhr landwirtschaftliche Motoren in Betrieb genommen werden. Die Drehordnung ist unbedingt genau einzuhalten, worauf wir besonders die Ortsbehörden aufmerksam machen. Gewerblüche Motorenbesitzer erhalten noch besondere Bestimmungen. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften muß mit längerer Abschaltung gerechnet werden. Station Teinach, den 22. Nov. 1919. 2231

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station (G.E.T.)

Bezirksarbeitsamt Calw.

(Für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold.) Fernsprecher Nr. 109. Lederstraße 161.

- Gesucht werden:
- 1 j. Bauhölzer.
 - 1 Pferdehelfer.
 - 1 Schneider.
 - 1 Schreibfräulein, das gew. Maschinenschreiben kann.
 - 2 Mädchen für alles.
- Stellen suchen:
- 1 Bäcker.
 - 1 Hof- und Wagenschmied.
 - 1 j. Schuhmacher.
 - 1 j. Modistin.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt unentgeltlich. Das Arbeitsamt ist geöffnet:

Montag bis Freitag: 8-12 und 2-6 Uhr
Samstag: 8-3 Uhr.

Meldungen werden auch von unserer Nebenstelle in Nagold Herrenbergerstr. 19, Fernsprecher Nr. 80, entgegengenommen. Calw, den 21. 11. 1919. 2232

Verwalter: Proj.

Gegen Kopfläuse empfehlen wir

Kaputti Fl. Mk. 1.20

Nissin „ Mk. 1.80

Goldgeist gr. Fl. M. 2.40

Löwen-Drogerie

Gebr. Benz, Nagold

Bahnhofstr. 2234

Postpaket-Adressen

bei G. W. Zaiser, Nagold.



Alle Musik-Instrumente, für Haus und Orchester, von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Salten usw. empfiehlt in reichster Auswahl Musikhaus Carth, Pforzheim, Leopoldstr. 17. Arkaden Kleinsisch, Roßbrücke. Ankauf abgespielter Schallplatten und Bruch pro Platte M. 2.— Reparaturen und Stimmen in eigener Werkstatt.

2233 Nagold, 23. Nov. 1919.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau Julie Kurlenbaur

Gastwirts Witwe

im Alter von 61 Jahren Samstag nachm. 4 Uhr nach langen schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen

der Sohn:

Franz Kurlenbaur mit Frau und Kindern

3 „Löwen“.

Berdigung Dienstag mittag 2 Uhr.

Fabrik der Markenartikel-Branche

sucht per 1. Januar 1920 für Nagold und Umgebung einen der Colonialwaren- und Drogenhandlungen bestens eingeführten Reisenden. Es finden nur Angebote von solchen Herren Berücksichtigung, die an intensives Arbeiten gewöhnt und entsprechende Erfolge aufzuweisen haben. Bevorzugt werden solche, die vorgenannten Bezirk für Großhandlungen der gleichen Branche schon bereit haben. Gewährt wird bei hohen Anforderungen und befriedigenden Leistungen eine aus Gehalt, Spesen und Provision gut dotierte Lebensstellung. Selbst ausführliche Angebote mit Angabe der seitherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften und Lichtbild beliebe man zu richten unter Chiffre F. U. S. 457 an Rudolf Woffe, Frankfurt a. M. 61 m

Mädchen-Gesuch.

Für sofort oder in 14 Tagen wird fleißiges, reinliches

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, gesucht, das selbständig kochen kann. 2222

Von wem? sagt die Geschäftsfl. d. Bl.

Existenz.

Mit 100.— M. Betriebskapital können Sie sich ein lohnendes Fabrikationsgeschäft einrichten. Neuer qualitativer Artikel (D.R.P.) 2227 Näheres durch C. Kajer, Pforzheim, Raif. Friedr.-Str. 11.

Gesucht

wird ein ehrliches

Mädchen

im Alter von 18-20 Jahren, für Metzgerei mit etwas Landwirtschaft. Denselben ist Gelegenheit geboten, das Kochen zu erlernen. 2225

Wilhelm Sigmund Metzgerei

Sindelfingen O.B. Böblingen.

Christliches Vergissmeinnicht.

Borträg bei G. W. Zaiser, Nagold.

